

# Schwerpunkteprogramm der EVP Schweiz

Die EVP der Schweiz gab sich am 20. Januar 1979 ein Grundsatzprogramm. Darin finden sich die Fixpunkte, von denen die Politik der EVP ausgeht. Darauf basiert das Schwerpunkteprogramm, das am 4. Mai 1991 in Weinfelden einstimmig verabschiedet worden ist.

Der Abschnitt E. «Für eine umweltverträgliche Schweiz» wurde am 27. August 1994 in St. Gallen vollständig revidiert und einstimmig genehmigt. Verschiedene Abschnitte wurden nun überarbeitet und als Teilrevision von der Delegiertenversammlung am 6. März 1999 in St. Gallen einstimmig verabschiedet.

**überreicht durch:**

Evangelische Volkspartei  
Josefstrasse 32, 8023 Zürich  
Telefon 01 272 71 00, Telefax 01 272 14 37  
E-Mail [info@evppev.ch](mailto:info@evppev.ch), Internet [www.evppev.ch](http://www.evppev.ch)

## Inhalt

I. Grundsätze der EVP im politischen Alltag	4
II. Ansätze für die konkrete EVP-Politik	6
A Für eine christliche Schweiz	6
B Für eine aussenpolitisch aktive Schweiz	7
C Für eine solidarische Schweiz	9
D Für eine soziale Schweiz	11
E Für eine umweltverträgliche Schweiz	16
F Für eine menschlich regierte Schweiz	26
G Für eine freiheitliche Schweiz	27
III. Die EVP auch künftig am Ball	31

## I. Grundsätze der EVP im politischen Alltag

**1. Christsein in der Politik verwirklichen**

In der EVP sind Menschen aus verschiedenen christlichen Kirchen und Gemeinschaften zusammengeschlossen, die auf der Grundlage des Evangeliums Jesu Christi und ihres persönlichen Glaubens engagiert und sachbezogen Politik betreiben. Im Wissen darum, dass nicht alles machbar ist, stellen sie den Dienst an den Mitmenschen in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns. Unter Fortschritt versteht die EVP deshalb in erster Linie qualitatives Wachstum. Sie strebt daher eine erhöhte Lebensqualität an, die auch innere Werte enthält, und für deren Förderung sie möglichst gute Rahmenbedingungen zu schaffen sucht. Unter diesem Aspekt ist auch der Einsatz der EVP für die Erhaltung der Sonntagsruhe zu verstehen.

**2. Einsatz für mehr Mitmenschlichkeit**

Die EVP nimmt Wert und Würde des Menschen ernst. Sie setzt sich gezielt auch für jene Menschen ein, die von der modernen Leistungs- und Wohlstandsgesellschaft vernachlässigt, gemieden oder überfordert werden.

Auf politischer Ebene will die EVP auf die Schwierigkeiten und Nöte dieser Menschen hinweisen und bei der Suche nach tragbaren Lösungen aktiv mithelfen.

**3. Verantwortung gegenüber der Schöpfung**

Für die EVP ist die Erde Teil der Schöpfung, welche uns von Gott zur nachhaltigen Nutzung überlassen worden ist, und nicht ein zufällig entstandener, plünderbarer Planet. Als Menschen tragen wir die Verantwortung für unsere Umwelt und müssen sowohl für sich wie auch im Rahmen politischer Entscheide verantwortungsvoll handeln.

Dank unserem Wohlstand stehen uns heute Güter und technische Errungenschaften zur Verfügung, mit denen wir einerseits unser Leben erleichtern und verschönern können, andererseits aber - vor allem bei übermässigem Gebrauch - in erheblichem Mass die natürliche Umwelt belasten oder sogar zerstören.

#### 4. Gewissen über Interessen

Viele Probleme bleiben ungelöst, weil Politiker oft einseitig die Interessen von Verbänden und anderen mächtigen Organisationen vertreten. Das Gemeinwohl, die Wünsche und Ängste der Bevölkerung bleiben als zweit-rangiges Anliegen auf der Strecke. Demgegenüber formuliert die EVP ihre Politik auch in Zukunft unabhängig von Interessengruppen.

#### 5. EVP als Impulsgeberin

Wegen ihrer Treue zu den Wertmassstäben der Bibel versteht sich die EVP als zukunftsorientierte Partei. Im Rahmen der gegebenen demokratischen und freiheitlichen Ordnung, die sie bewusst bejaht, nimmt sie ihre soziale und politische Verantwortung wahr, versucht sie Probleme frühzeitig zu erkennen und darauf mit neuen Lösungsvorschlägen zu reagieren. Mehrheitsfähige Lösungen können nur erarbeitet werden, wenn alle verantwortungsbereiten Kräfte im offenen Gespräch darum ringen. Die EVP möchte dazu ihren Beitrag leisten und Impulse geben.

#### 6. Offen für Reformen

Die EVP betrachtet die schweizerischen Institutionen in verschiedener Hinsicht als reformbedürftig. Sie will die geltende Ordnung in dem Sinne weiterentwickeln, dass

- die Macht von Staat, Wirtschaft und Verbänden klar begrenzt bleibt,
- Freiheit und Verantwortung des Einzelnen erhalten und gefördert werden,
- der Staat handlungsfähig bleibt, auch wo Einzelinteressen berührt werden,
- die Autonomie der Gemeinden und Kantone im Rahmen eines zukünftigen Europas gestärkt wird,
- unser Land einen eigenständigen Beitrag zu einem demokratischen, rechtsstaatlichen, freiheitlichen und sozialen Europa leisten kann.

## II. Ansätze für die konkrete EVP-Politik

### A

#### Für eine christliche Schweiz

Die Eidgenossenschaft ist «im Namen Gottes des Allmächtigen» gegründet worden. Die Berufung auf Gott hat auch heute und in Zukunft ihren guten Sinn. Sie verpflichtet den Staat auf das christlich-abendländische Erbe und die ethischen Massstäbe der Bibel, und sie bewahrt ihn und seine Vertreter davor, sich selbst zu verabsolutieren.

Ebenso selbstverständlich wie das Bekenntnis zum christlichen Erbe ist aber auch die Respektierung der persönlichen Entscheidungsfreiheit der Menschen bezüglich ihres religiösen Bekenntnisses. Sie findet ihren Ausdruck in der Garantie der Glaubens- und Gewissensfreiheit und in der konfessionellen Neutralität des Staates. Die Verkündigung des Evangeliums Jesu Christi ist nicht seine Aufgabe, sondern diejenige der christlichen Kirchen und Gemeinschaften.

Die EVP begrüsst die vielfältigen Dienste der Kirchen und Gemeinschaften im sozialen Bereich und in der Mission. Sie ergänzen die Bemühungen des Staates in sinnvoller Weise. Als Partei ist die EVP keiner Landes- oder Freikirche verpflichtet, doch setzt sie sich aus Mitgliedern zusammen, die zu ihrer christlichen Herkunft stehen.

Revisionsbedürftig ist das Verhältnis des Bundes zur römisch-katholischen Kirche. Die EVP tritt für die Abschaffung der diplomatischen Vertretung des Vatikans (Nuntiatur) ein.

**B** Für eine aussenpolitisch aktive Schweiz**1. Die Schweiz gehört zu Europa**

Die nationalstaatliche Entwicklung wie auch die Teilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg haben das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit der Länder Europas stark getrübt. Diese Zusammengehörigkeit wurzelt nicht zuletzt im gemeinsamen christlichen Erbe. Diesem Erbe ist auch unser Land in höchstem Masse verpflichtet. Es besteht daher aller Grund, an dem sich beschleunigenden Näherrücken der Völker Europas mitzuwirken und es mitzugestalten. Europa ist grösser als die Europäische Union (EU). Durch eine Verstärkung der religiösen, kulturellen und menschlichen Kontakte zu allen Völkern West-, Mittel- und Osteuropas - inklusive der baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen - kann die Schweiz einen wichtigen Beitrag zur Vertrauensbildung und zur Überwindung der Folgen der früheren Teilung des Alten Kontinents leisten. Besonderer Pflege bedürfen dabei die Beziehungen zu den Völkern Mittel- und Osteuropas.

**2. Ja zu einem demokratischen und föderalistischen Europa**

Kristallisationspunkt für den politischen Zusammenschluss Europas ist die Europäische Union (EU), welche jedoch von Zentralismus geprägt ist. Hier gilt es, auf eine demokratischere, bundesstaatliche EU hinzuwirken. Umgekehrt müssen auch wir bereit sein, unsere Ordnung an die Erfordernisse des Europa von morgen anzupassen. Unter diesen Vorzeichen begrüsst die EVP den Abschluss der bilateralen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU als Gesamtpaket. Diese Verhandlungsergebnisse haben sich nun in der Praxis zu bewähren, bevor die Beitrittsfrage neu beurteilt werden kann. Weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der EU sind zu prüfen.

**3. Europäische Zusammenarbeit verstärken**

Die Schweiz ist Mitglied des Europarates und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit ist im Europarat weiterhin grosse Beachtung zu schenken. Zudem sind die Möglichkeiten der OSZE zur Lösung zwischenstaatlicher Konflikte auszubauen. Menschenrechte und der Schutz nationaler und religiöser Minderheiten sind zentrale Themen von Europarat und OSZE, wozu auch die Schweiz ihren aktiven Beitrag zu leisten hat.

**C****Für eine solidarische Schweiz****1. Solidarität mit der Dritten Welt**

Den reichen Völkern geht es immer besser, den armen immer schlechter. Als eine der reichsten Nationen der Welt ist die Schweiz zur Solidarität mit den Armen und Hungernden dieser Erde in besonderem Masse verpflichtet. Die an den Bedürfnissen der Dritten Welt orientierte Entwicklungszusammenarbeit ist, wo nötig in angepasster Form, trotz Rückschlägen weiterzuführen. In diesem Zusammenhang sind christliche Missions- und Hilfswerke tatkräftig zu unterstützen. Notwendig ist auch eine Entschuldung der ärmsten Länder, welche die ausstehenden Darlehen unmöglich aus eigener Kraft verzinsen, geschweige denn zurückzahlen können.

**2. Menschenwürdige und tragfähige Asylpolitik**

Asyl ist ein Menschenrecht. Das Evangelium nimmt Wert und Würde jedes Menschen ernst. Politisch Verfolgten ist darum ohne «Wenn und Aber» Schutz oder Asyl zu gewähren. Die Schweiz hilft dabei mit, die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich zu festigen.

Allen Asylsuchenden ist ein faires Verfahren zu gewähren, das der Komplexität ihrer Fluchtmotive gerecht wird. So müssen auch bedrohte Menschen aus Ländern mit Bürgerkriegen Schutz erhalten können.

Viele Personen, die Asyl suchen, erfüllen die Voraussetzungen zur Aufnahme in der Schweiz nicht. Damit diese Menschen sich nicht Monate oder gar Jahre in unserem Land aufhalten, fordert die EVP, dass die Asylgesuche rasch behandelt werden.

Asylsuchende Personen, die sich kriminell betätigen oder die das Gesuch nachweisbar zur blossen Umgehung der Vorschriften über das Anwesenheitsrecht gestellt haben, sollen vom Verfahren ausgeschlossen und nach Möglichkeit in ihr Heimatland zurückgeführt werden. Kriegsflüchtlinge und Verfolgte, die nur eine beschränkte Zeit bei uns Aufnahme finden und nach einigen Monaten oder Jahren wieder in ihre Heimat zurückkehren, sollen ihre kulturellen und heimatlichen Wurzeln nicht verleugnen; sie müssen sich während

ihres Aufenthaltes in der Schweiz in unserer Gesellschaft jedoch zurechtfinden können. Gleichzeitig sind sie auf ihre Rückreise vorzubereiten. Die Integration anerkannter Flüchtlinge soll gefördert werden.

Durch friedensstiftende Einsätze der Schweiz und durch verstärkte Aufbauhilfe vor Ort ist dafür zu sorgen, dass weniger Menschen ihre Heimat verlassen müssen.

**3. Integration der ausländischen Bevölkerung**

Zugewanderte ausländische Staatsangehörige sollen rasch integriert werden. Sie haben sich der einheimischen Bevölkerung, ihrer Lebensart und ihren Gebräuchen anzupassen. Das wichtigste Mittel dazu ist das schnelle Erlernen einer unserer Landessprachen. Dazu müssen wir Erwachsenen, wie besonders auch Jugendlichen alle erdenklichen Hilfen anbieten

Eine so verstandene Integrationspolitik schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Akzeptanz der Schweizer Bevölkerung gegenüber Zugewanderten stark verbessert wird und die Integrationsbereitschaft und -kraft auf Seiten der einheimischen Bevölkerung erhalten bleiben. Um insbesondere die Integration der bereits über längere Zeit in der Schweiz niedergelassenen Ausländer zu fördern, sind die erleichterte Einbürgerung auszuweiten und die zu hohen Einbürgerungsgebühren zu senken.

**4. Interessen und Werte der Schweiz in der UNO vertreten**

Die Schweiz bekennt sich zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UNO-Resolution von 1948) und ist seit vielen Jahren Mitglied von Unterorganisationen der UNO.

Die EVP fordert den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO), damit unser Land seine Interessen und Werte wirksamer vertreten kann. Mit dem Fall der Berliner Mauer 1989, dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Auflösung der Sowjetunion 1991 ist eine völlig veränderte Weltlage entstanden.

## **D** Für eine soziale Schweiz

### **1. Aufwertung der Familie**

Seit Jahrzehnten setzt sich die EVP auf allen Ebenen für die Förderung von Ehe und Familie sowie den Schutz des ungeborenen Lebens ein. Sie fördert den Schutz der Mutterschaft und unterstützt Massnahmen zur Prävention von Schwangerschaften. Die EVP setzt sich dafür ein, dass die Abtreibung in der Schweiz nicht freigegeben wird.

Das Familienbild hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt, die Rolle von Mann und Frau in der Familie wird je länger je mehr von den Partnern und nicht von der Gesellschaft festgelegt. In dieser Lage gilt es, die Stabilität der Familie zu sichern und möglichst viele Kräfte für die Kindererziehung und die Pflege von Familienbeziehungen freizusetzen. Dazu gehören verbesserte Chancen für den Wiedereinstieg in das Berufsleben, wenn die Familienpflichten dies wieder erlauben. Zu beseitigen sind Benachteiligungen nach Geschlecht, Zivilstand oder Alter im Arbeits-, Steuer- und Versicherungsrecht.

### **2. Verstärkte Solidarität in den Sozialversicherungen**

Eine bessere Koordination der verschiedenen Sozialwerke ist notwendig. Deren Finanzierung muss gesichert werden. Die EVP lehnt eine Erhöhung der Lohnbeiträge dafür ab. Das System der Sozialversicherungen muss überschaubar sein. Bei den Sozialversicherungsanstalten sind alle Ausgleichskassen aufzulösen, welche nicht vom Bund oder den Kantonen geführt werden. Damit kann ein unverhältnismässiger Verwaltungsaufwand verringert werden.

Die Mindestrenten der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) sind so zu gestalten, dass die Grundbedürfnisse im Alter befriedigt werden können. Einen hohen Stellenwert misst die EVP der Einführung des flexiblen Rentenalters zu.

Die EVP begrüsst eine einkommensabhängige Rentenkürzung bei vorzeitiger Pensionierung und den Rentenvorbezug ohne Einbusse nach langer Erwerbspause.

Die Freiwilligenarbeit ist bei der AHV - ähnlich den Erziehungs- und Betreuungsgutschriften - zu berücksichtigen.

Die Alkoholsteuer (ausgenommen der Zehntel, welcher für die Kantone bestimmt ist) soll von der allgemeinen Bundeskasse in den AHV-Fonds übertragen werden. Alle alkoholischen Getränke und Tabakwaren sind zu besteuern; die Steuersätze dafür sind zu erhöhen. Damit können durch das Verursacherprinzip die zu erwartenden gesundheitlichen Schädigungen abgegolten werden.

Bei der Invalidenversicherung (IV) ist die Viertelsrente beizubehalten.

Um dem Wildwuchs im Krankenversicherungswesen zu begegnen, fordert die EVP - analog der SUVA - die Schaffung einer «Schweizerischen Krankenversicherungsanstalt (SKVA)» für die Grundversicherung. Dadurch soll der zunehmenden Entsolidarisierung unter den Versicherungspflichtigen durch den ruinösen Wettbewerb der Krankenkassen begegnet werden.

Bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) ist eine Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft dringend notwendig. Das Ziel besteht darin, möglichst viele Erwerbslose wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren. Dazu müssen Vermittlungen, Umschulungen und Beratungen optimiert werden.

Die EVP setzt sich für die Einführung der Mutterschaftsversicherung ein.

### **3. Süchtigen Menschen helfen**

Viele Menschen sind von Suchtmitteln (Alkohol, Rauschgifte, Medikamente, Nikotin usw.) abhängig. Suchtverhalten lässt sich in der Gesellschaft nicht ausrotten. Die Gesellschaft hat aber den Auftrag, der Sucht verfallenen Menschen zu tragen und ihnen wenn immer möglich den Weg zu einem suchtfreien Verhalten zu ebnet. Dafür sind vorbeugende, heilende und strafrechtliche Mittel einzusetzen.

- Bei der Prophylaxe (vorbeugende Massnahmen) hat die Familie eine zentrale Aufgabe. Sie bietet Geborgenheit und Schutz. Ergänzend dazu kommt der Aufklärung in der Schule eine wichtige Rolle zu. Dabei soll über alle Suchtmittel und ihre Folgen informiert werden.
- Das Therapie-Angebot für jede Art von Suchtkrankheiten ist gezielt zu verbessern. Gerade in diesem Bereich wirken viele christliche Werke; sie sind – ebenso wie andere geeignete Institutionen – finanziell zu unterstützen.
- Der Handel mit illegalen Suchtmitteln (Drogen) und die damit verbundene Geldwäscherei sind energisch zu bekämpfen. Eine Liberalisierung des Drogenhandels und des Drogenkonsums bieten keine Lösung, da für viele suchtgefährdete Menschen damit eine Hemmschwelle wegfallen würde. Bei Alkohol und Tabak tritt die EVP für ein Werbeverbot ein.

#### 4. Keine aktive Sterbehilfe

Bestrebungen in Richtung aktiver Sterbehilfe sind strikte abzulehnen. In den Spitälern ist die Betreuung Schwerkranker in Zusammenarbeit mit den Kirchen, Gemeinschaften und Laien auszubauen. Damit ein alter oder todkranker Mensch in Würde sterben kann, ist seinem persönlichem und sozialen Umfeld Beachtung zu schenken.

#### 5. Verantwortungsbewusster Umgang mit der Gentechnologie

Genforschung und Anwendung gentechnischer Methoden sind heute Realität. Sie können im Guten - zum Beispiel für das Erkennen und Bekämpfen von Krankheiten - wie im Schlechten - zum Beispiel Genmanipulation - eingesetzt werden. Die EVP setzt sich für einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Gentechnologie ein und verlangt dafür ein rasches Umsetzen gesetzlicher Grundlagen. Die EVP lehnt jeglichen Eingriff in die menschliche Keimbahn ab.

#### 6. Existenzgrundlagen sichern

In den letzten Jahren musste man feststellen, dass immer mehr Menschen auf wirtschaftliche Hilfe angewiesen sind. Dazu gehören namentlich ausgesteuerte Langzeiterwerbslose, aber auch viele Familien. Um diese von Armut Betroffenen von der Fürsorge loslösen zu können, bedarf es neuer Modelle der Existenzsicherung.

Längst nicht mehr alle ausgerichteten Löhne vermögen den Grundbedarf einer Familie zu decken, was in den letzten Jahren zunehmend dazu führte, dass beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen. Dort, wo ein solcher Doppelverdienst nicht möglich ist sei es, weil keine Möglichkeit zur familienexternen Kinderbetreuung besteht, oder sei es, dass schlicht gar keine Arbeit gefunden werden kann - bleibt nur noch der Gang zur öffentlichen Fürsorge. Leider beanspruchen viele tatsächlich Bedürftige diese gesetzlich geregelte Unterstützung nicht. Verschiedene Grundbedürfnisse von Eltern und Kindern werden deshalb vernachlässigt. Dies hat unvermeidbare Folgen für die physische, psychische und soziale Integrität der ganzen Familie.

Für die EVP ist es unannehmbar, dass in einem der reichsten Länder der Erde bei voller Erwerbstätigkeit Löhne bezahlt werden, die nicht einmal das Existenzminimum einer Familie decken, selbst dann nicht, wenn die - in den meisten Kantonen - spärlichen Kinderzulagen dazugerechnet werden.

- Als Sofortmassnahme fordert die EVP existenzsichernde Mindestlöhne für alle Branchen.
- Da Mindestlöhne niemals auf einem Niveau festgesetzt werden können, welches den Lebensunterhalt insbesondere von kinderreichen Familien decken würde, fordert die EVP zusätzlich besondere Regelungen für Familien, welche der Fürsorge vorgeschaltet sein müssen. Dabei denken wir an Lohnergänzungszahlungen, die direkt vom Arbeitgeber auszurichten sind, aber mit der Sozialversicherungsanstalt abgerechnet werden können.

Diese Ergänzungszahlungen sollen in Anlehnung an die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Sozialhilfe (SKOS) festgelegt werden.

- Der Situation, dass zunehmend vor allem ältere Erwerbslose kaum mehr eine Anstellung finden können, ist mit einer Regelung ausserhalb der Fürsorge Rechnung zu tragen. Die bereits in einzelnen Kantonen und Gemeinden mit positiven ersten Erfahrungen eingeführten Projekte «Lohn statt Fürsorge» sind zu fördern.
- Für die EVP ist es im übrigen störend, dass selbst auf jenen Einkommen, die das soziale Existenzminimum nicht zu gewährleisten vermögen, Steuern erhoben werden. Wir fordern deshalb, dass der Sozialabzug auf eine entsprechende Höhe angehoben wird.

#### **7. Verschärfte Kontrolle der Kleinkredite**

Kleinkredite sind allzu leicht erhältlich und verleiten viele Menschen dazu, über ihre Verhältnisse zu leben. Zur Bekämpfung von Auswüchsen ist das Kleinkreditwesen gesetzlich zu regeln. Offene Kredite sind in einem öffentlichen Register analog dem Betreibungsregister einzutragen.

## **E**

### **Für eine umweltverträgliche Schweiz**

#### **1. Eine natürliche Umwelt ist lebenswichtig**

Die Folgen weltweiter Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, an der auch unser Land in erheblichem Mass beteiligt ist, werden immer deutlicher spürbar. Dank technischen Massnahmen sind zwar erfreuliche Erfolge zu verzeichnen. Dennoch ist ein verstärkter Schutz von Luft, Wasser und Boden weiterhin lebenswichtig. Moderne umweltschonende Technologien sind meist arbeitsintensiv; sie schaffen viele Arbeitsplätze. Umweltschutz ist ausserdem langfristig wirtschaftlich, denn vermiedene Umweltschäden sind billiger als nachträgliche Sanierungen.

Als Teilziele stehen im Vordergrund:

- sparsame Verwendung von Energie und Rohstoffen
- konsequente Verbesserung der Luftqualität
- deutliche Reduktion der Lärmbelastung, insbesondere durch den Verkehr
- sorgfältiger Umgang mit Natur, Boden, Gewässern und Landschaft
- Förderung einer ökologisch ausgerichteten Land- und Forstwirtschaft
- Ausbau der Umwelterziehung und -information
- Bremsen von Entwicklungen, welche nur auf Kosten künftiger Generationen möglich sind
- Unterstützung lokalen Handelns und vermehrte Beachtung der Umweltaspekte in der Entwicklungs- und Aussenpolitik

Auf Bundesebene ergeben sich daraus die folgenden Prioritäten bei der Wahl von Massnahmen:

- Festlegen der zu erreichenden Umweltziele in jenen Bereichen, wo dies noch nicht geschehen ist (Bodenbelastung, Naturschutz usw.)
- finanzielle Lenkungsmassnahmen (vollständiges Überwälzen der externen Kosten, finanzielle Anreize usw.) statt detaillierte technische Vorschriften und Verbote
- Deklarationspflicht und – jedenfalls solange Lenkungsabgaben noch nicht greifen – Produktenormen für die Umweltverträglichkeit von Nahrungsmitteln, Textilien, Geräten und Anlagen

## 2. Energiepolitik mit Lenkungsabgaben

### 2.1. Energieverbrauch reduzieren

Energie aus nicht erneuerbaren Ressourcen steht nur in beschränktem Mass zur Verfügung und belastet die Umwelt. Die Gefahr von Klimaveränderungen (Treibhauseffekt) und damit einer globalen existentiellen Bedrohung wächst. Es ist unerlässlich, den Verbrauch fossiler Energien in den Industrieländern drastisch zu reduzieren.

Grosse Anstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz und sparsamer Umgang mit Energie sind unerlässlich. Der Energiebedarf soll so weit möglich aus erneuerbaren Quellen und aus Abwärme gedeckt werden. Nicht erneuerbare Energien schliesslich müssen so rationell wie möglich genutzt werden.

### 2.2. Lenkungsabgaben stufenweise einführen, wenn nötig im Alleingang

Die Verbesserung der Energieeffizienz ist am wirksamsten über Lenkungsabgaben (Energie- und/oder CO<sub>2</sub>-Abgaben zu erreichen. Diese sind

- staatsquotenneutral auszugestalten, das heisst die dem Staat erwachsenden Einnahmen sind durch Senkung anderer Abgaben (zum Beispiel Mehrwertsteuer) zu kompensieren oder allenfalls vorübergehend zur Förderung erneuerbarer Energien einzusetzen

### ■ sozial abzufedern

- langfristig zu planen und stufenweise mit verbindlichen Zielvorgaben einzuführen (1. Stufe mit tiefen Ansätzen, nachher langsame, aber stete jährliche Erhöhung). Auf diese Weise wird die Wettbewerbsfähigkeit am wenigsten beeinträchtigt.
- rasch einzuführen, dabei aber Betriebe, welche auf Grund eines besonders hohen Energiekostenanteils auf ihren Produkten in ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt werden, vorübergehend - bis im Ausland ähnliche Abgaben realisiert sind - von der Abgabe ganz oder teilweise zu befreien
- unter diesen Voraussetzungen auch im Alleingang der Schweiz möglich, weil diese Regelungen im wesentlichen mit einem Richtlinienentwurf der EU übereinstimmen.

In dem Mass, wie solche Lenkungsabgaben zu greifen beginnen, sollen allzu detaillierte technische Vorschriften aufgehoben werden.

Langfristig müssen die Lenkungsabgaben durch eine generelle Besteuerung des Energie- und Ressourcenverbrauchs abgelöst werden. Dies erlaubt eine Reduktion der heute sehr hohen Besteuerung der Arbeit, und es sinkt der Anreiz, teure Arbeitskräfte durch billige Maschinenkraft zu ersetzen, was sowohl der Umwelt zugute kommt als sozialetisch willkommen ist (Bekämpfung der Erwerbslosigkeit).

### 2.3. Kernenergie als Zwischenlösung

Ob in der Schweiz in nächster oder auch weiterer Zukunft ein neues Kernkraftwerk gebaut werden kann, ist aus verschiedenen Gründen fragwürdig. So müsste der Bau eines Kernkraftwerks über den Weg des fakultativen Referendums von der Bevölkerung zuerst akzeptiert werden. Dennoch stammt ein grosser Teil unserer Elektrizität aus Kernkraftwerken. Daraus ergeben sich für die EVP folgende Postulate:

- Die bestehenden Kernkraftwerke sind im Sinne einer Zwischenlösung weiter zu betreiben. Der Ersatz der Kernenergie durch Importe oder andere Energieträger wie Erdöl oder Erdgas ist keine Lösung.
- Der Schutz der Bevölkerung geniesst oberste Priorität. Betriebsbewilligungen sind deshalb zu befristen und periodisch zu erneuern. Dabei muss die Sicherheit jeweils neu überprüft werden, denn diese hängt nicht von einer Zeitdauer, sondern vom Zustand und der Organisation des entsprechenden Werkes ab.
- Durch verstärktes Energiesparen und bessere Energieeffizienz sollen neue Grundlagen zur Freiheit für den Verzicht geschaffen werden.
- Bei der Gewinnung der nuklearen Brennstoffe und Entsorgung der radioaktiven Abfälle ist auch für Anlagen im Ausland der Nachweis zu erbringen, dass die Anforderungen der schweizerischen Strahlenschutzgesetzgebung erfüllt sind, sofern sie restriktiver gehandhabt werden.
- Die Mittel für die Entsorgung radioaktiver Abfälle und der Anlagen sind sicherzustellen.

### 3. Verkehr

Umfang sowie Art und Weise unserer heutigen Inanspruchnahme von Mobilität belasten Menschen und Umwelt übermässig. Die EVP fordert deshalb bezüglich Verkehr in einer umweltverträglichen Schweiz

- die Dämpfung der Mobilitätsnachfrage (zum Beispiel mittels «Kostenwahrheit»)
- die vermehrte Befriedigung der Mobilitätsnachfrage mit weniger belastenden Verkehrs- und Transportmitteln. Das bedeutet: Weniger motorisierte Strassenverkehr - mehr öffentlicher, Rad- und Fussverkehr sowie mehr Güter auf die Bahn.

### 3.1. Kostenwahrheit im Verkehr

Der Staat subventioniert heute den Verkehr auf Strasse, Schiene und in der Luft in hohem Masse. Der Verkehr trägt zudem nur teilweise die von ihm verursachten externen Kosten (Belastung von Gesundheit und Umwelt). Verkehr ist deshalb heute zu billig. Dies fördert unnötige Mobilität zu Lasten von Mensch und Umwelt. Damit sich die Mobilität nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen auf einem tieferen, menschen- und umweltverträglichen Niveau einpendeln kann, fordert die EVP, dass mittelfristig alle Verkehrsarten ihre gesamten Kosten (interne und externe) selber tragen und dass der Mobilitätsüberhang zudem mit Lenkungsabgaben abgebaut wird. Das bedeutet

- Abbau der Verkehrssubventionen
- Überwälzen der Kosten, die statt von den Verursachern bisher anderweitig getragen wurden (zum Beispiel Spalkosten)
- Einführung von Lenkungsabgaben (Energie-/CO<sub>2</sub>-Abgabe) auf Treibstoffen oder von anderen fahrleistungsabhängigen Abgaben.

### 3.2. Öffentlicher Verkehr

Mobilität ist ein Grundbedürfnis aller Bevölkerungsschichten. Um das legitime Bedürfnis jener, die nicht Auto fahren, zu befriedigen, ist ein Grundangebot an öffentlichem Verkehr in allen Landesgegenden notwendig. Dazu gehören insbesondere ein durchgehender Stundentakt und eine vernünftige, sozial verträgliche Tarifpolitik.

- Auf den schweizerischen Hauptstrecken und auf mittleren Distanzen über die Landesgrenzen hinaus fordert die EVP ein leistungs- und konkurrenzfähiges Angebot im öffentlichen Personen- und Güterverkehr durch rasches Umsetzen von Bahn 2000 und NEAT.
- Weil wir uns eine maximal ausgebaute doppelte Verkehrsinfrastruktur finanziell nicht leisten können und weil der Strassenverkehr viel stärkere

Belastungen verursacht, ist der umweltverträglichere öffentliche Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr zu privilegieren. Im übrigen gehört auch der öffentliche Regionalverkehr soweit möglich auf die Schiene!

### 3.3. Flugverkehr

Der Flugverkehr muss sich auf jene Aufgaben und Bedürfnisse konzentrieren, wo seine besonderen Stärken und Vorteile auch tatsächlich liegen und nicht auch durch andere Transportmittel angeboten werden können: Das sind die Personen- und Warentransporte über grosse Distanzen in sehr kurzer Zeit.

Daraus ergeben sich für die EVP folgende konkrete Forderungen:

- Der heutige Luftverkehr über Distanzen bis zu rund 600 Kilometern ist konsequent auf die Schiene, insbesondere auf das im Aufbau befindliche europäische Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahnen umzulagern.
- Entsprechend müssen auch in der Schweiz die Angebotsverbesserungen auf der Schiene und insbesondere die Anschlüsse an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahnen zügig vorangebracht werden.
- Mit einer Besteuerung des Flugbenzins und mit Lenkungsabgaben, für deren weltweite oder zumindest europaweite Einführung sich die Schweiz einsetzen muss, sind die heute massiv verzerrten Flugpreise zu korrigieren und der Kostenwahrheit einige Schritte näher zu bringen. Damit wird auch die Konkurrenzfähigkeit der Schiene weiter gestärkt.
- Zum Schutz der Bevölkerung sind alle heute verfügbaren technischen Mittel zur Lärminderung und zur Reduktion der Schadstoffbelastung aus dem Luftverkehr konsequent einzusetzen. Überdies verlangt die EVP ein absolutes Start- und Landeverbot während mindestens sechs Nachtstunden.

### 3.4. Motorisierter Strassenverkehr

Der Strassenverkehr wird auch künftig einen grossen Teil der Verkehrsbedürfnisse abdecken müssen, vor allem abseits von Hauptachsen in weniger dicht besiedelten Gebieten. Gefordert ist aber eine neue «Strassenverkehrsphilosophie»: Leichte und sparsame Fahrzeuge sowie langsame und ruhige Fahrweise.

Der Strassenverkehr soll

- Energieressourcen und Umwelt schonen sowie
- sicherer und damit menschengerechter werden.

Die rasante Zunahme des motorisierten Individualverkehrs hat zu grossen Gefahren für Leib und Leben, zu hohen Unfallkosten sowie zu einer enormen Umweltbelastung durch Abgase, Lärm und Landschaftszerstörung (Zerschneiden gewachsener Siedlungsgebiete, Verlust von Grünflächen usw.) geführt. In dicht besiedelten Gebieten und entlang von stark befahrenen Strassen überwiegen heute für eine steigende Zahl direkt Betroffener die Nachteile.

Die EVP fordert deshalb

- die Einführung einer Energie-/CO<sub>2</sub>-Abgabe auch auf Treibstoffen, was zu einer grösseren Kostenwahrheit beim motorisierten Strassenverkehr führt
- die Einführung des Verursacherprinzips bei den Verkehrsabgaben und Haftpflichtversicherungen (leistungs- und verbrauchsabhängige Tarifierung)
- die Förderung von Fahrzeugen mit niedrigem Treibstoffverbrauch
- Mut zu Engpässen im Strassenverkehr, insbesondere Verzicht auf eine zweite Tunnelröhre am Gotthard
- Garantien, dass sich der Güter-Transitverkehr gemäss Alpeninitiative auf der Schiene abwickelt und griffige Massnahmen (zum Beispiel ein Überholverbot für schwere Lastwagen auf der ganzen Nord-

Süd-Achse durch die Alpen) gegen die Lastwagenflut, die für die Zeit zwischen der Aufhebung der 28-Tonnen-Limite und dem vollen Greifen der neuen Verkehrspolitik (LSVA, Alpentransitabgabe und Bahnangebote) erwartet werden muss

- Unantastbarkeit der Nachtfahrverbote

### 3.5. Fuss- und Radverkehr

Der Fuss- und Radverkehr als menschen- und umweltfreundliche Verkehrsarten können problemlos einen erheblichen Teil der heutigen Autofahrten ersetzen, namentlich in den Städten und städtischen Ballungsräumen. Es braucht dazu aber sichere und attraktive Fuss- und Fahrradwege sowie Fahrradabstellmöglichkeiten. Die EVP fordert auf diesem Gebiet ein wesentlich stärkeres, auch finanzielles Engagement des Bundes, der Kantone und der Gemeinden.

### 4. Abfälle in Boden, Wasser und Luft

Zur Schonung der Ressourcen und Umwelt müssen Menge und Gefährlichkeit aller Arten von Abfällen deutlich verringert sowie die Stoffkreisläufe geschlossen werden. Dazu soll der Bund

- mit klaren Zielen und Vorgaben langlebige Produkte fördern und deren Wiederverwertung erleichtern,
- vorgezogene Entsorgungsgebühren einführen,
- dafür sorgen, dass Produkte, die giftige Stoffe enthalten oder gefährliche Abfälle bilden, entsprechend deklariert werden müssen und möglichst rasch durch umweltverträgliche Produkte ersetzt werden, und
- wertgerechtes Recycling des Abfalls fördern.

Die Ziele der Luftreinhalteverordnung, bis 1994 die Immissionsgrenzwerte einzuhalten, wurden bei den Stickoxiden und beim Ozon verfehlt.

Die EVP fordert, dass die Anstrengungen verstärkt werden und dass mit einer neuen Frist sichergestellt wird, dass die übermässige Schadstoffbelastung beseitigt wird.

### 5. Neue Umweltbelastungen

Unsere stark technisierte Zivilisation schafft immer wieder neue Belastungen von Mensch und Umwelt. Wir denken dabei an neue Bauchemikalien, Russpartikel aus hochkomprimierten Dieselmotoren, an horsol-Nahrungsmittel, an die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen, an die elektromagnetische Strahlung (Elektrosmog) usw.

Die EVP fordert, dass sich der Bund mit diesen neuen Umweltbelastungen aktiv auseinandersetzt und entsprechend dem Wissensstand zulässige Belastungen als Richt- oder Grenzwerte festsetzt. Im Sinne des Vorsorgeprinzips darf damit nicht bis zur – ohnehin nicht erreichbaren – Klarheit zugewartet werden.

### 6. Raumplanung

Boden ist ein begrenztes Gut. Weil die Interessen an der Nutzung des Bodens vielseitig sind und sich oft zuwiderlaufen, müssen auf Bundesebene die Rahmenbedingungen gesetzt werden:

- Das Siedlungsgebiet ist sorgfältig zu nutzen und zu gestalten. Bestehende Bauten und bereits eingezontes Bauland sollen besser genutzt und der Landverbrauch für den Verkehr sowie für andere technische Anlagen auf das Notwendigste beschränkt werden.
- Damit nicht immer mehr Verkehr entsteht, sollen Nutzungen für Wohnen, Arbeiten und Freizeit sinnvoll gemischt werden.
- Lebensräume bedrohter Tier- und Pflanzengemeinschaften sollen vermehrt geschützt und untereinander vernetzt werden. Auch in Siedlungsgebieten sollen genügend Ausgleichsflächen ausgeschieden werden.

## 7. Umweltschutz in der Aussenpolitik

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen muss in der Aussenpolitik ein wichtiges Anliegen sein. Internationale Wirtschaftsabkommen dürfen nicht zu Umweltdumping in Billiglohnländern führen, Umweltbelastungen in andere Länder exportieren oder mehr Verkehr erzeugen.

Globale Umweltprobleme wie die Zerstörung der Ozonschicht, des Regenwaldes oder die Verschmutzung der Meere betreffen die Schweiz immer mehr ganz direkt. Viele dieser Probleme können nur auf internationaler Ebene gelöst werden. Aus diesem Grund, auch aus der Verantwortung eines hoch entwickelten Landes heraus, soll die Schweiz die Mitwirkung bei der Lösung globaler Fragen des Umweltschutzes verstärken, das heisst vor allem

- internationale Vereinbarungen im Bereich des Umweltschutzes rasch umsetzen und damit andere Länder ermutigen,
- in der internationalen Zusammenarbeit klare Signale setzen, damit die Argumente für die Ökologie nicht als Protektionismus missverstanden werden,
- das Thema bei der Welthandelsorganisation (WTO) einbringen,
- eine wirkungsvollere Regelung des Transports von Gefahrgut, namentlich auf See, fördern sowie
- bei Umweltkatastrophen in anderen Ländern aktive Hilfe leisten.

## F

### Für eine menschlich regierte Schweiz

#### 1. Totalrevision der Bundesverfassung

Das schweizerische Regierungssystem ist reformbedürftig. Mit kosmetischen Eingriffen, welche die Effizienz der Regierungstätigkeit des Bundesrates und das Funktionieren der Eidgenössischen Räte nicht entscheidend verbessern, ist es nicht mehr getan. Der Weg zu einer solchen Reform führt über eine etappenweise Totalrevision der Bundesverfassung, welche über ein blosses Nachführen hinausgeht.

#### 2. Aufwertung der Eidgenössischen Räte

Das Gesetzgebungsverfahren ist heute langfädig und ineffizient. Die Eidgenössischen Räte haben dazu fast nichts mehr zu sagen. Die EVP fordert deshalb die Abschaffung des Vernehmlassungsverfahrens. Gesetzesentwürfe des Bundesrates sind direkt an die Eidgenössischen Räte weiterzuleiten. Der Interessenausgleich muss im Parlament stattfinden und nicht auf den Schreibtischen irgendeiner Lobby. Die besten Gesetze nützen nichts, wenn sie nicht konsequent vollzogen werden. Soweit nötig sind dafür auch die Bundesorgane mit wirksamen Kompetenzen auszustatten, um dem in manchen Kantonen und Gemeinden zu beobachtenden Vollzugsschlendrian zu begegnen.

#### 3. Vorrang der öffentlichen Interessen

Öffentliche Bauvorhaben sind zunehmend schwieriger zu realisieren, weil in ihren Interessen tatsächlich oder vermeintlich berührte Private übermässig geschützt werden. Insbesondere bewirkt die den meisten Rechtsmitteln zukommende aufschiebende Wirkung eine ausgeprägte Verzögerung für Projekte von nationaler Bedeutung. In diesen Fällen gebührt den öffentlichen Interessen eindeutig der Vorrang:

- Der Instanzenweg bei Rechtsmittelverfahren ist zu verkürzen.
- Allfällige übermässige Eingriffe in private Rechte sind durch angemessene Schadenersatzregelungen abzugelten.

**G****Für eine freiheitliche Schweiz****1. Neue Akzente in der Sicherheitspolitik**

«Der Krieg ist etwas Unchristliches. Aber damit, dass wir ihn verdammen, haben wir ihn noch nicht verhindert.» (Emil Brunner) Solange die Schweiz nicht in ein europäisches Sicherheitssystem eingebunden ist, hat die eigene Armee nicht ausgedient.

Durch die Überwindung der Teilung Europas 1989 ist die bisherige Neutralitätspolitik der Schweiz zu überdenken. Die EVP begrüsst das Engagement der Schweiz im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden. Die Unabhängigkeit der Schweiz nach aussen ist durch stärkeres Vernetzen mit anderen Staaten, insbesondere im Rahmen der Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu wahren.

Die Sicherheitspolitik hat sich auch auf die neuen nicht militärischen Bedrohungsformen und technischen Entwicklungen auszurichten. Zudem fordert die EVP eine aktive Aussenpolitik, welche Konflikte verhindern hilft. Die internationalen Mechanismen zur friedlichen Konfliktlösung zwischen den Völkern sind auszubauen.

**2. Zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik**

Die Wirtschaft hat dem Wohlstand des Menschen zu dienen und nicht umgekehrt. Darum bekennt sich die EVP zur Sozialen Marktwirtschaft als einer Wirtschaftsordnung, welche die Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich in der Gesellschaft verbindet.

Massenentlassungen als Folge des rasanten technologischen Wandels und der globalen Konkurrenz um Absatzmärkte wie um Kapitalrenditen (Shareholder value!) schüren Zukunftsangst und gegenseitiges Misstrauen und stellen die Sozialpartnerschaft in Frage. Die EVP ist nicht bereit, die Zerstörung der Sozialpartnerschaft hinzunehmen.

Nachdem sich gezeigt hat, dass jene Wirtschaftsstandorte am erfolgreichsten sind, die sich durch auf Vertrauen gegründete Zusammenarbeit auszeichnen, tritt die

EVP für eine Erneuerung der Sozialpartnerschaft und ein koordiniertes Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft ein. Soziale Marktwirtschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert erfordert eine Wirtschaft, die sich ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den Angestellten, den Geschäftspartnern und dem Staat bewusst ist. Umgekehrt hat der Staat seine Verantwortung gegenüber den in internationaler Konkurrenz stehenden Wirtschaftsunternehmen zielgerichtet wahrzunehmen.

Die EVP will darum folgende Ziele erreichen:

- Die EVP steht ein für gesunde Unternehmen. Das unternehmerische Denken sollte auf allen Ebenen – auch in staatlich geförderten Ausbildungsprogrammen – vermehrt geschult werden.
- Die Rahmenbedingungen für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sowie für Jungunternehmen sind gezielt zu verbessern.
- Das Kartellrecht ist weiter zu verschärfen und durchzusetzen.
- Die Verantwortung für eine möglichst tiefe Erwerbslosigkeit trägt die ganze Gesellschaft. Die heutige Finanzierung der Arbeitslosenversicherung (ALV) hauptsächlich über Lohnprozente soll teilweise durch andere Abgaben, zum Beispiel durch eine Energie- oder die Mehrwertsteuer abgelöst werden.
- Erste Priorität bei der langfristigen Bekämpfung der Erwerbslosigkeit haben Bildung und Forschung. Neben fachlichem Wissen sind Sozialkompetenz, Initiative, Unternehmertum, Kommunikationsfähigkeit und Offenheit für Neues gefragt.
- Die EVP fordert einen Umbau des Steuersystems in dem Sinne, dass die Einkommen aus Arbeit tendenziell entlastet werden und dafür der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen (vor allem von Energie) stärker besteuert wird.

### 3. Solide Staatsfinanzen

Der Staat kann seine Hauptaufgaben auf die Dauer nur erfüllen, wenn sein Finanzhaushalt gesund ist. Seit einigen Jahren befinden sich die meisten öffentlichen Haushalte nicht nur in der Schweiz, sondern auch im Ausland chronisch im Defizit. Dies zeigt, dass es sich in erster Linie nicht um ein konjunkturelles, sondern um ein strukturelles Problem handelt.

Entscheide über Ausgaben und Einnahmen (Steuern) erfolgen oft separat und teilweise auch nicht von den gleichen Gremien. Ausgabenentscheide sind in der Regel populär, da einzelne Gruppen davon ganz direkt profitieren. Steuererhöhungen dagegen sind unpopulär.

Die EVP fordert darum folgende Massnahmen:

- Der öffentliche Finanzhaushalt ist mittelfristig auszugleichen. Alle gesetzlich gebundenen Ausgaben sind zu befristen. Ebenso müssen alle vom Staat übernommenen Aufgaben periodisch überprüft werden. Neue Ausgaben dürfen nur beschlossen werden, wenn gleichzeitig auch über die Finanzierung durch höhere Steuern oder Reduktion anderer Ausgaben entschieden wird.
- Zu grosse Unterschiede zwischen kantonalen Steuern sind stossend. Die EVP fordert eine weitergehende materielle Steuerharmonisierung und die Einführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Bundesebene. Eine Privilegierung einzelner Steuerpflichtiger durch besondere kantonale Steuerabkommen ist nicht nur staatspolitisch fragwürdig, sondern auch ethisch verwerflich.

- Aus Gründen der Steuergerechtigkeit ist eine Kapitalgewinnsteuer einzuführen. Es ist stossend, dass heute grosse Kapitalgewinne, hinter denen keine volkswirtschaftliche Leistungen stehen, steuerfrei bleiben, während Erwerbseinkommen voll versteuert werden müssen.
- Die EVP will das Steuersystem vereinfachen, und zwar durch Verzicht auf die Besteuerung des Eigenmietwerts und parallel dazu auf den Abzug von Schuldzinsen und Unterhalt für selbstgenutzte Privatliegenschaften.

Zudem ist beim Steuersystem auf weitere Abzüge (zum Beispiel Zinsen von Konsumkrediten, Versicherungsprämien usw.) zu verzichten. Das ermöglicht eine Reduktion der direkten Bundessteuer.

### III. Die EVP auch künftig am Ball

Dieses Programm setzt Schwerpunkte. Es ist kein Warenhauskatalog, der für jeden Geschmack etwas Passendes anbietet, sondern setzt Prioritäten. Das Schwerpunkteprogramm wird von den ständigen Kommissionen der EVP laufend aktualisiert und durch Leitlinien ergänzt.

Dieses Programm ist in der Tagespolitik umzusetzen. Ihr Hauptkapital dafür sieht die EVP in den Männern und Frauen, die als Mitglieder in Behörden und vor Ort Politik aus evangelischer Verantwortung betreiben. Jedes Mitglied der EVP ist zu diesem Einsatz aufgerufen.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident  
**Otto Zwygart,**  
Nationalrat

Der Generalsekretär  
**Daniel Reuter**

Bern, 15. März 1999/dr